

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die Lehren daraus!

Wir haben in voriger Nummer die bisher gemachten Erfahrungen mit den vom Militär entlassenen und den reklamierten Mitgliedern bekanntgegeben. Großer Unterschied tritt darin nicht zutage. Die Klagen, und vorwiegend wurden solche vorgebracht, wiederholen sich von einem Bezirk zum andern. Gewiß gibt's auch Lichtblicke in dem Gesamtbild, allgemein ist's jedoch unerfreulich.

I.

Unter den vom Militär entlassenen Mitgliedern spiegelt sich ihr Verhältnis zur Organisation aus der Zeit vor dem Kriege wider, wenn auch hier und da mit einiger Abweichung. Waren sie vorher tüchtige Gewerkschaftler, haben sie sich diesen Geist bewahrt. Nur kommt er allenthalben nicht in der früheren spontanen Art zur Geltung. Er erscheint gedämpft und lauer geworden. Dies äußert sich in der sich stark bemerkbar machenden Abneigung gegen die Uebnahme eines Vertrauenspostens. Eine gewisse Müdigkeit, besser gesagt Resignation und Abgestumpftheit macht sich bemerkbar. Das ist zu verstehen nach dem Erleben des Krieges mit all seinen Leiden und Schrecken. Herausgerissen aus dem Berufsleben und dem friedlichen Familiendasein; an die Stelle geordneten Kulturlebens, der Freiheit und Selbstbestimmung das rauhe Kriegerleben und die militärische Unterordnung; Verderben und Tod in tausendfacher Gestalt um sich herum, selbst ständig davon bedroht. Da verfinstert alles um einen herum. Was früher mit ganzer Seele erstrebt wurde, erscheint nichtig, das Leben gilt als der Güter höchstes. Dazu manche andere Erfahrungen, auf die wir hier nicht eingehen können und wollen, die aber mancherlei Unzufriedenheit, ja Erbitterung verschulden. Nach all diesen Erfahrungen ist eine gewisse Zeit für das Wiederfinden seelischen Gleichgewichts und des Einlebens in die alten Verhältnisse erforderlich. Besonders ungünstig wirken auf die Zurückgekehrten die Teuerungsverhältnisse in der Heimat. Sie finden es aufreizend, daß die Zeit, während der sie und die andern sich draußen schlugen, von all dem Gewinnfüchtigen dazu benutzt wird, um sich zu bereichern. Diese Seelenstimmung im ganzen ist verständlich, man hat ihr Rechnung zu tragen, ohne sich ihr jedoch zu ergeben.

Nur ein Teil, und nicht der größte, findet den Weg von selbst wieder zur Organisation zurück. Bei den übrigen ist dies von der Aufmerksamkeit und dem Eifer der daheimgebliebenen Mitglieder und der Vorstände abhängig. Werden sie nicht zur Weiterführung der Mitgliedschaft angehalten, gehen sie verloren. Die wirtschaftliche Not, die eingetreten ist, erschwert die Beitragszahlung ohnehin sehr. Bei längerem Rückstand der Verpflichtungen wird die Wiedergewinnung schwerer, ja unmöglich. Kommen diese Mitglieder unter Unorganisierte, dann ist die Preisgabe der Mitgliedschaft, ohne der damit verbundenen Verluste erworbener Rechte zu gedenken, fertig. Das Beispiel und die Eifrigkeit der daheimgebliebenen Mitglieder ist hier von entscheidender Bedeutung. Durch so manches unrühmliche und unverständliche Verhalten Daheimgebliebener wird den Entlassenen nicht nur ein schlechtes Vorbild gegeben, sondern es weckt auch stärkste Entrüstung.

Auch Unzufriedenheit mit den Leistungen des Verbandes bzw. der Unterstützungstätigkeit tritt zutage. Bekanntlich hat der christliche Bauarbeiterverband den Familien der verheirateten Mitglieder, sofern sie ein Jahr Mitglied waren, in bestimmten Zeitabständen eine Unterstützung zukommen lassen. Eine statutarische Verpflichtung bestand nicht dafür. Trotzdem wurde die Summe von rund 300000

basir aufgewandt. Daß bei der großen Zahl der eingezogenen Mitglieder nur ein geringer Betrag auf die einzelnen Familien entfallen konnte, ist für jeden Einsichtigen klar. Aber der gute Wille für diese Einsicht besteht nicht überall, für manchen bietet sich damit die gewünschte Gelegenheit für die Nichtwiederaufnahme der Mitgliedschaft. Sie fragen nicht, woher die Mittel nehmen, sie schauen nicht in die Zukunft mit den großen, der Arbeiterorganisation harrenden Aufgaben, sie wollen nur haben. Dem kann die Organisation nicht nachgeben, da sie größere Interessen zu wahren hat. Dabei leugnen wir nicht die vorhandene Not in den Familien und würdigen vollaus das Bedürfnis nach Unterstützung. Trotzdem können wir nicht anders handeln, als geschehen.

Am allerbedenklichsten und bedauerlichsten ist und bleibt, mit ganz geringen Ausnahmen, die Haltung der zu Arbeitsdiensten Reklamierten. Die Furcht, bei nicht ganz rückgratlosem Verhalten eingezogen zu werden, ist die Ursache ihres hundsstößlichen Benehmens. Natürlich sind sie der Meinung, daß ihre Verbandszugehörigkeit als Stein des Anstoßes in den Augen des Unternehmers gelten könnte. Weder über diese noch über alle anderen, die die jetzige Zeit für am günstigsten halten, um dem Verbanne den Rücken zu kehren, wollen wir ein weiteres Wort verlieren. Die Zeit wird kommen, wo anders mit ihnen geredet wird.

II.

Die Organisation hat die Pflicht, allen ihrem Leben und Dasein schädlichen Erscheinungen nachzugehen. Sie muß sie bekämpfen und zu beseitigen trachten. Bei den hier besprochenen tritt die Schädlichkeit deutlich zutage. Wir fragen: Wo führt dies hin, wenn es nicht gelingt, frühzeitig vorzubeugen?

Es soll und darf kein Zweifel darüber bestehen, daß wir starke Arbeiterorganisationen nach Kriegsschluss notwendiger denn je haben. Wer die Entwicklung verfolgt und die Aufgaben sieht, die uns zu lösen gestellt sind, sieht mit mancherlei Sorge in die Zukunft. Die Arbeitgeberorganisationen sind durch den Krieg teilweise nur gering, und zwar im Handwerk, geschwächt, teilweise sind sie auf ihrem alten Stand geblieben, oder haben sich noch verstärkt. Die Streikversicherungsgesellschaften der Arbeitgeber haben ihre Reserven erheblich vermehrt. Wirtschaftlich hat die Industrie, in erster Linie die, die mit Kriegslieferungen bedacht ist, sich sehr erholt. Gewiß gibt es Ausnahmen, wie z. B. die Textilindustrie. Aber die Großindustrie hat außerordentliche Gewinne eingekassiert. Diese aber stand bisher, und tut es heute noch, den Arbeiterorganisationen am ablehnendsten gegenüber.

Zu der kapitalistisch so gekräftigt aus dem Kriege hervorgehenden Großindustrie tritt die Landwirtschaft und der Handel, vorwiegend der Großhandel. Für dieses Dreigestirn war der Krieg finanziell ein Segen. Dazwischen befindet sich die große Masse der Arbeiter, Angestellten und Handwerker, die ärmer geworden, zum Teil ausgepowert sind. Diese ins Extrem neigende Entwicklung birgt große soziale Gefahren und starken Konfliktstoff in sich.

Umgekehrt aber gehen die Arbeiterverbände nicht ungeschwächt aus dem Kriege hervor. Ihre Mitgliederreihen sind gelichtet, finanziell sind sie teilweise geschwächt oder wenigstens nicht stärker geworden.

Das ist die Situation, wie sie jetzt schon klar vor uns steht. Führe man sich dann noch die großen gesetzgeberischen Aufgaben auf dem Steuer- und Wirtschaftsgebiete vor Augen. Ist da nicht mit aller Dringlichkeit und absoluter Klarheit der Weg gekennzeichnet, den eine Arbeitergewerkschaft und auch jeder einzelne Arbeiter zu gehen hat? Mehr wie je

besteht die Notwendigkeit einigen Zusammenhaltens. Wer in gegebener Zeit nicht mit ganzer Kraft sich seiner Berufsorganisation widmet, sie zu fördern und zu stärken trachtet, versündigt sich in schwerster Weise an seinem Stand. Das müssen sich alle diejenigen sagen, die, von der Not des Augenblicks gedrängt, einer weichen Stimmung sich ergeben. Damit dienen sie weder sich noch den anderen, schädigen vielmehr die Interessen der Arbeiter eminent.

Wollte eine Organisation dem Drängen nach geldlicher Unterstützung nachgeben, könnte sie in kurzer Zeit sich verausgabt haben. Bei der Größe der vorhandenen Not würde es trotzdem nur ein Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten. Wie aber stände sie bei Kriegsschluss? Den großen Aufgaben stände sie hilflos und machtlos gegenüber. Das kann und darf kein Organisationsführer zulassen, weil er es nicht verantworten könnte. Das finanzielle Rückgrat des Verbandes muß erhalten bleiben, daran darf nicht gerüttelt werden. Es kann keine andere Lösung geben wie die: Schutz der vorhandenen Kräfte der Organisation, Vorbereitungen, um sie in kürzester Frist nach dem Kriege auf die höchstmögliche Stufe der Leistungsfähigkeit zu bringen.

III.

Erlernen wir die unser harrenden Aufgaben, haben wir auch für die erforderlichen Mittel zu sorgen, die zum Ziele führen. Voranzutreten hat, daß in erster Linie die Daheimgebliebenen sich restlos ihrer Pflicht bewußt sind. Dieses böse Beispiel muß beseitigt werden. Es ist durchaus zu verstehen, wenn ein aus dem Kriege zurückgekehrter Kollege erklärt: Na, wenn schon der Daheimgebliebene es nicht mehr nötig zu haben glaubt, Mitglied des Verbandes zu sein, dann ich schon erst recht nicht. Wir sagen, dieser Standpunkt ist zu verstehen, obwohl er nicht weniger kurzfristig ist wie der andere. Hier muß also zunächst der Hebel angefaßt werden. Daß man dies immer wieder zu sagen genötigt ist, kann man bedauern. Weil es im Interesse des Verbandes und im wohlverstandenen Arbeiterinteresse liegt, zwingen wir unsere Gefühle nieder und wiederholen die Anforderung.

Wer bestrebt ist, die Verbandsinteressen zu fördern, schaut um sich. Es wird ihm keiner entgehen aus der großen Reihe der Berufsgenossen, der der Organisation erhalten oder gewonnen werden muß. Insbesondere sollen wir uns mit aller Liebe und Sorgfalt den Entlassenen widmen. Hier gibt es Aufklärungsarbeit zu leisten mit recht warmem Herzen. Es muß versucht werden, was an Bitterem und Grauenhaftem noch in deren Gefühlen und Gedanken ruht. Sie müssen auf das Neue hingelenkt werden, was uns an Zielen und Aufgaben gestellt ist. Ist das Interesse am andern einmal wieder geweckt, bleibt auch der Latendrang nicht zurück. Die Zahl der unser harrenden Aufgaben, ihr Inhalt und ihre Bedeutung ist wahrlich nicht gering. Wir müssen sie auch auf das hinweisen, was der Verband während der Kriegszeit für seine Mitglieder geleistet hat. Je eher wir sie wiedergewinnen, um so besser.

Den Säuren und Verärgerten aber sagen wir, wessen sie sich begeben, wenn sie die Mitgliedschaft aufgeben. Die erworbenen Rechte geben sie preis; da die Kriegszeit als Beitragszeit voll angerechnet wird, ein um so größerer Verlust. Alle die, die noch kein Jahr Mitglied waren, infolgedessen weder bezugsberechtigt für Krankenunterstützung waren, noch die Kriegsfamilienunterstützung erhalten konnten, sind durch die Anrechnung der Kriegsjahre auf die Mitgliedschaft in diese Eigenschaft eingereiht. In der ersten Zeit nach dem Kriege wird die Organisation

in der Fürsorge für ihre Mitglieder alle Hände voll zu tun haben, da die Arbeitsgelegenheit sich nicht sofort regeln wird.

Ein aufklärendes Flugblatt an die zur Entlassung Gefangenen und noch Kommenden ist vom Verbandsvorstand herauszugeben beabsichtigt.

An den Arbeitsstellen aber ist mit aller Festigkeit das Organisationsinteresse zu vertreten. Mit Weichheit und Unentschiedenheit kommt man nicht zum Ziele. Da nicht jeder Arbeiter selbst die erforderliche Einsicht hat für das, was ihm frommt, müssen andere diese für ihn haben. Wir können keine Außenleiter dulden, weil sie die Interessen der Arbeiter schädigen.

Was wir wollen, ist, Vorarbeit treffen für die Agitations- und Organisationsfähigkeit nach dem Kriege. Dafür müssen breiteste Grundlagen geschaffen werden. Dies muß jedem ins Bewußtsein bringen mit Klarheit und Schärfe. Die Kriegszeit ist anomal, normal ist die Friedenszeit. Noch sehen wir letztere nicht, vielleicht ist sie näher, als wir alle glauben, trotz der augenblicklichen neuen Erweiterung der Kriegsschauplätze. Wir arbeiten für die Friedenszeit. Darauf unsern Blick gelenkt, werden wir die Wege erkennen, die wir zu gehen haben, und wir lernen die Kräfte kennen, die wir anwenden müssen, um das Ziel in seiner umfassenden Größe und Bedeutung zu erreichen.

Kriegsbeschädigtenfürsorge-Tagung

I.

In voriger Nummer haben wir gezeigt, auf welcher Linie sich die Wünsche der Angestellten- und Arbeiterorganisationen bezüglich Kriegsbeschädigtenfürsorge bewegen. Die Tagung in Köln des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge, über die wir heute kurz berichten, legte Zeugnis dafür ab, daß auch Behörden und alle Schichten des Volkes dieser Frage großes Interesse entgegenbringen. Der große Saal des Gürzenich war an allen Kongrestagen fast vollauf besetzt. Die Teilnehmer rekrutierten sich aus allen Ständen, vom Fürsten bis zum Arbeiter. Die Tagung ist, soweit die Kriegsbeschädigtenfürsorge in Frage kommt, ohne Mißklang verlaufen. Bodenreformer und Antibodenreformer trafen einmal zusammen. Die „Gelben“ glaubten die Tagung durch einen Angriff auf die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen verschönern zu müssen. Ihr Geschwafel fand wenig Gegenliebe und war eigentlich nicht wert, daß die Stellung der wirklichen Angestellten- und Arbeiterorganisationen zu diesen Gebilden zum Ausdruck gebracht wurde. Sowohl von der Vorgth wie die Gelbenführer hätten sich ihre Ausführungen sparen können; den Kriegsbeschädigten haben sie damit nicht gedient.

Geleitet wurde die Tagung vom Vorsitzenden des Reichsausschusses, Landesdirektor von Winterfeldt-Berlin.

Sein einleitender Bericht erstreckte sich über Entstehen, Zusammenfassung und bisherige Tätigkeit des Reichsausschusses. Die Bildung desselben ist auf Grund einer Anregung der Fürsorgestelle Heimatsamt für das Königreich Sachsen vor sich gegangen. Vorher waren in einzelnen Provinzen und Bundesstaaten provinziale und Landesorganisationen zum Zwecke der Kriegsbeschädigtenfürsorge entstanden. Der am 16. September 1915 gegründete Reichsausschuß hat sich die Wahrung der gemeinschaftlichen Interessen unter Förderung und Beratung der Einzelfürsorgestellen zum Ziele gesetzt. In ihm sind alle Bundesstaaten, die verschiedensten Organisationen, auch Arbeiterverbände, vertreten. Die Fühlung mit dem Reichsamt des Innern hält ein Reichskommissar aufrecht. Eine Reichsgeschäftsstelle, der der Bürgermeister Geib vorsteht, erledigt die umfangreichen geschäftlichen Arbeiten. Zur Erledigung der vielen Fragen aus dem ganzen Wirtschaftsleben sind zehn Sonderausschüsse, in denen Vertreter der verschiedensten Organisationen mitwirken, gebildet. Diese Sonderausschüsse befassen sich u. a. mit der Regelung der Zuständigkeitsfrage, mit Fragen der Gesetzgebung, mit der Prüfung aller für die Fürsorge in Betracht kommenden Fragen, mit der Frage der Kostentragung, mit der Reichsstatistik, mit der Selbstbehandlung, mit der Berufsberatung, mit Schul- und Werkstättenfragen, mit der Arbeitsbeschaffung in den verschiedensten Berufen, mit dem Arbeitsnachweis, mit der Lohnfrage, mit der Rentenfrage und Kapitalabfindung. Zur Erreichung aller Ziele ist noch viele Arbeit zu leisten.

Oberregierungsrat Dr. Schwyher-München sprach über die bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Gesetzgebung. Der Aufbau der Kriegsbeschädigtenfürsorge muß von dem Gedanken ausgehen, daß das beste Gesetz den Kriegsbeschädigten keine ausreichende Hilfe bringen kann. Unter sozialen Gesichtspunkten hat man die Kriegsbeschädigten in die gesetzliche und bürgerliche geteilt. Die gesetzliche, welche mit der militärischen Fürsorge zusammenfällt, will durch Rentengewährung den Kriegsbeschädigten helfen. Die Renten genügen aber nicht und seien keine volle Entschädigung für die großen Opfer der Krieger, auch wenn sie bedeutend erhöht würden. Die bürgerliche Fürsorge müsse mit warmem Herzen die gesetzliche ergänzen, die Kriegsbeschädigten soweit wie möglich in den Wirtschaftskörper einreihen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Auch müsse sie Vorschläge für zweckentsprechenden Weiterausbau der gesetzlichen Fürsorge in Vorschlag nehmen. Für die Rentenfestsetzung forderte Dr. Schwyher Spruchbehörden.

Prof. von Strebel-Stuttgart behandelte die Frage Landwirtschaft und Kriegsbeschädigtenfürsorge. Er erläuterte die Umstände, die für eine Wiederunterbringung Kriegsbeschädigter Landleute in der Landwirtschaft sprechen, Erhaltung und Förderung der Wehrkraft, Erzeugung von Nahrungsmitteln usw. Sodann erörterte er die verschiedenen Möglichkeiten, unter denen kriegsbeschädigte Landleute ihren früheren Beruf wieder aufnehmen können. Bei selbständigen Gutsbesitzern usw. sei das leicht; ebenso könnten landwirtschaftliche Beamte

leicht untergebracht werden. Schwieriger sei die Frage bei kleineren Bauern, Weingärtnern und ihren Söhnen. Hier dürfte es aber auch in vielen Fällen auf dem Wege der Arbeitsteilung in den Bauernfamilien möglich sein, daß die Kriegsbeschädigten auf dem Lande ihren Platz ausfüllen. Ländliche Dienstknechte wendeten sich am besten an ihre früheren Gutsherrn, die ihre Befähigung zu weiterer Arbeitsverwendung kennen; das gleiche gelte von ländlichen Tagelöhnern. Er vertrat auch den Standpunkt, daß die Renten der Kriegsbeschädigten bei Bemessung des Arbeitslohnes nicht in Anrechnung gebracht werden dürfen.

Ländliche Siedelung wurde vom Regierungspräsidenten von Schwerin, Frankfurt a. O. d. Oder, Staatssekretär Dr. Dernburg behandelt. Besonders ersterer Siedelungsart dient das Kapitalabfindungsgesetz. Es wird aber auch eine Rückwirkung auf die städtische Wohnweise ausüben. Im Interesse der vermehrten Nahrungsmittelherzeugung, namentlich auch des Kartoffelanbaues, die von Kleinstiedelungen ja gepflegt wird, ist darum ein starkes Anwachsen der ländlichen Kleinstiedelungen auf Grund des Kapitalabfindungsgesetzes seitens der Kriegsbeschädigten zu wünschen. Davon ist auch eine günstige Einwirkung auf die Bevölkerungspolitik zu erwarten, damit das platte Land auch in Zukunft der starke Rückhalt für unseren Bevölkerungszuwachs bleibt. Andererseits werde eine ausgebeutete Anlage von Kleinstiedelungen wegen ihres intensiven Anbaues von Nahrungsmitteln uns auch weiter unabhängig von der Lebensmittelzufuhr vom Auslande machen. Die städtische Siedelung müsse sich im allgemeinen den städtischen Wohnformen und vorhandenen Gelegenheiten anpassen. Aus diesem Grunde müssen die Forderungen einer die Volkskraft stärkenden Wohnungsreform wiederholt werden, ganz besonders mit Rücksicht auf die Kriegsbeschädigten. Diese Forderungen betreffen weiträumige Bebauungspläne, strengere Bauordnung im Interesse von Licht und Luft, Kinderspieplätze und auf eine durch die Selbstverwaltungsborgane unter Mithilfe von Mietern und Vermietern eingerichtete zielbewusste Wohnungsinspektion. Wo die private Bautätigkeit nicht genügt, muß der gemeinnützige Wohnungsbau gefördert werden; dabei sind dann die Kriegsbeschädigten in zu bildende oder bereits bestehende Genossenschaften zuzulassen, selbst dann, wenn sie nicht denjenigen Klassen angehören, denen die einer solchen Genossenschaft gewährte öffentliche Unterstützung vorbehalten war. Zum Begriff städtische Siedelung gehörten auch vorstädtische Siedelungen, sofern der Schwerpunkt des Erwerbs in der Stadt liege und nicht auf der Nutzung aus eigenem Grund und Boden. In dieser Hinsicht habe der Reichsausschuß eine Reihe von Vorschlägen über wünschenswerte Maßnahmen (Reichswohnungsgesetz, Beschaffung von Bauland, verminderte Anforderung an die Ausgestaltung der Straßen) aufgestellt.

Am zweiten Verhandlungstage besprach zunächst Oberstaatsarzt Dr. Rebenitsch-Offenbach a. Main die

Im Ungarland

(Schluß.)

Geradezu überrascht ist man, wenn man den nächstliegenden Dörfern einen Besuch abstattet. Fast rings um Budapest alles ehemalige deutsche Ansiedler, deren Vorfahren vor 200 Jahren Deutschland verlassen und in Ungarn eine neue Heimat gefunden haben. Mit leuchtenden Augen erzählen sie, daß sie auch Deutsche sind, und daß sie auch nur Deutsch reden. Allerdings ist es kein Hochdeutsch, was sie reden — der Berliner würde Nähe haben, sich mit ihnen zu verständigen —, sondern ein breiter, an das Süddeutsche gemahnender Dialekt. Was einem aber besonders auffällt, das ist der einfache, biedere Sinn, den diese ehemaligen Deutschen sich bewahrt haben. Die Kleidung sowohl der Männer und Frauen ist ländlich. Es war an einem Sonntagmorgen, als ich das erstmal ein solches Dorf betrat. Die Segensandacht in der Kirche war eben beendet, in dichten Scharen kamen Männer, junge Mädchen, Frauen, junge Mädchen und Kinder aus der Kirche gestromt. Auffällig war, daß die Frauen und jungen Mädchen — auch die kleineren Mädchen — alle schwarze Kopftücher und schwarze Schürzen trugen. Auf meine dahin gerichtete Frage wurde mir geantwortet, das sei seit Anfang des Krieges so. Gewiß ein schönes und ernst gemahnendes Zeichen von diesen Leuten. Sie hätten nicht so sein mag. Trotz der Nähe der Hauptstadt haben sich die Leute die Keuschheit bewahrt, und zwar in einem Maße, das man in ihrem Vaterlande vergeblich suchen würde. Ich würde kaum glauben, daß keine Burg in Deutschland mehr, wo die Dorfchören des Sonntag auf der Hut, und sei er einem Negern ähnlich, verfallen würden.

Daß man hier gewisse ehemalige deutschen Ansiedler sah, auch deutsche Sitten bewahrt haben, konnte ich, als ich des Abends spät den Heimweg antrat, zur Genüge im nächsten Dorf noch ganz sicherer Gang beobachten. Die Bevölkerung ist hier sehr dicht, und man sieht, wie es im Lande heißt, an den Häusern des Dorfes, daß die daraus ersiehende Gemüthsart haben sie sich bis jetzt bewahrt, und sie eine besondere Schwärze

keiten auch durchführen konnten, da sie sich im neuen Heimatlande vorwiegend mit Weinbau beschäftigten. Ihre Keller bergen einen guten, aber auch starken Wein; davon konnten wir uns selbst überzeugen. Soll hoch auf der Südseite von Budapest der beste Wein von Ungarn wachsen. Leider sind die Preise auch, derart in die Höhe gegangen, daß man im allgemeinen auf den Genuß verzichten muß. Während vor Jahren vom besten Wein der Ufer eine Maß gekostet, ist er jetzt um das Doppelte und noch mehr gestiegen. Interessant ist auch, was mir vom „Kiritag“ erzählt wurde. Es ist derselbe, den man in Bayern mit „Kirchweih“ bezeichnet. Hier wie dort wird des Abends das Laubzwein geschwungen, und am Ende der Fecebe die allgemeine Hauserei, ganz wie bei uns. Die bayerischen Kollegen werden sich freuen, zu hören, daß es dabei zünftig hergeht, nämlich in Hemdsärmeln, mit Biergläsern, Stuhlbeinen usw. bewaffnet, nur die Maßkrüge fehlen. Natürlich sind sie auch höflich eifersüchtig auf ihre Dorfchören und wachen eifersüchtig darüber. Wehe dem Budapest, der seine Augen länger, als unbedingt nötig ist, auf einer so Bewachten ruhen läßt!

Budapest selbst liegt wunderschön. Ringsum von Bergen eingeschlossen, in der Mitte der breite Donaustrom. Fünf Brücken vermitteln den Verkehr über die Donau; außerdem verkehren in Abständen von zehn Minuten Dampfer von einem Ufer zum anderen. Die Länge der Brücken misst 600 Meter. Der Stadtteil links der Donau, das ehemalige Pest, ist eine moderne Großstadt. Breite Straßen und schöne Bauten beweisen, daß die Begründer der Stadt weitblickende, die Entwicklung des Verkehrswezens voraussehende Männer waren. Ein besonders herrlicher Bau ist das Parlamentsgebäude, in gotischem Stil gebaut, von dem man wohl mit Recht behauptet, daß es zu den herrlichsten Bauwerken Europas zählt. Die königliche Burg auf einer Anhöhe am anderen Ufer der Donau imponiert nicht durch ihre gewaltigen Ausmaße, es durch ihre Formenschönheit, während die Maßstäbe, im 13. Jahrhundert erbaut, ein Gegenbild zum Parlament bildet, das es auch durch die Donau getrennt gegenüberliegt. Von der Anhöhe an der Burgausgang hat man einen herrlichen Überblick über die Stadt und die Donau, der sich besonders bei Abend

großartig ausnimmt, wenn die Stadt im Lichtermeer untertaucht und auf der Donau die Personendampfer im Lichterglanz der Ufer- und Brückenbeleuchtung dahingleiten.

Ich kenne keine zweite Großstadt, die auch eine so schöne Lage hätte, als die ungarische Hauptstadt. Sobald man die Donau überschreitet, schiebt der Gódsberg seine Felsen bis dicht an das Ufer heran. Nicht weit davon der Mészberg und dann ringsherum der Höhenzug, der die Stadt fesselartig umschließt. Der höchste Berg in diesem Höhenzuge, zu Fuß in einer Stunde zu erreichen, ist der Johannsberg (529 Meter). Der zweithöchste ist der Schwabenberg (446 Meter), der seinen Namen nach dem hier im Jahre 1686 lagernden deutschen Heere erhalten hat. Pest war damals durch 150 Jahre in türkischer Besiz und wurde von einem deutschen Heere unter Führung des Herzogs Karl von Lothringen von türkischer Herrschaft befreit.

So schön auch die engere und weitere Umgebung der Stadt ist, so sind es doch verhältnismäßig nur wenige, die im Sommer die freie Zeit benutzen und Ausflüge machen. Der Ungar liebt vielmehr den Trubel und das Kaffeehausleben. Nirgends habe ich auch so viele Kaffeehäuser gefunden wie hier, selbst Wien kommt da nicht mit. Wenn sich an einer Ecke zwei Straßen kreuzen, ist es schon eine Seltenheit, wenn nicht an jeder Ecke ein Café eingerichtet ist. Am Nachmittag, abends, besonders aber Sonntags, sind die Kaffeehäuser überfüllt. Aber auch das Geschäftliche wird bei einer Tasse Kaffee erledigt. Die Juwelen-, Industrie- und Handelswelt kommen hier zusammen und schließen ihre Geschäfte gegenseitig ab. An diesem Kaffeehausbetriebe hat auch der Krieg kaum etwas zu ändern vermocht. Die Kaffeehäuser sind auch jetzt zum Treiben voll. Beobachtet man das Leben und Treiben, so könnte man glauben, die Welt lebte im tiefsten Frieden, wenn man nicht durch die Kriegsverletzten daran erinnert und zum Nachdenken gestimmt würde, daß der Kern des Volkes draußen vor dem Feinde blutet und die Zurückgebliebenen, zum Teil wenigstens, nur die Drohnen des Volkes sind, die nie gearbeitet und geschafft, die aber ständig genießen, ganz gleich, wie es den übrigen und im besonderen den ärmeren Volksgenossen erght.

ärztliche Fürsorge für die Kriegsverwundeten, hauptsächlich vom Standpunkt des Chirurgen. Die dabei erzielten Erfolge bauen sich auf die Erfahrungen der Verletztenvereine und der Kruppelfürsorge auf. Obwohl der Krieg schwere Verletzungen zeitigt und die Fürsorge oft nicht so schnell einsehen kann wie im Frieden, ist die Zahl jener, die nach der Entlassung aus den Lazaretten noch der Pflege bedürfen, im Verhältnis sehr gering. Es handelt sich dabei hauptsächlich um schwere Kopf- und Rückenmarksverletzungen. Die Zahl der Kriegsamputierten ist an sich nicht so bedeutend wie in früheren Kriegen. Sie fordert aber wirtschaftlich große Aufmerksamkeit. Die Erfahrungen ergeben die Notwendigkeit, die Erfahrglieder möglichst frühzeitig zu beschaffen. Das Problem des Arbeitsarmes wird sich sicher lösen lassen. Sehr warmherzig tritt der Redner dafür ein, daß der Arzt die soziale Heilung mit übernehme. Es genügt nicht, das verletzte Glied zu ersetzen, den Verletzten müsse vor allen Dingen das Vertrauen und der Lebensmut zurückgegeben werden. Die tiefe seelische Verstimmung jedes Verletzten muß bekämpft werden durch das Beispiel der schon Geheilten, durch Übung und Arbeit. Als nützlich habe sich ergeben, wenn die Kriegsbeschädigten Offiziere die notwendigen Lehungen leiten. Die militärische und bürgerliche Fürsorge muß völlig ineinandergreifen, wobei der Arzt berufen ist, die Verbindung beider herzustellen.

Obermedizinalrat Prof. Dr. Dietrich, Berlin sprach über die ärztliche Fürsorge für die Kriegskranken. Er forderte, daß die bürgerliche Fürsorge unter allen Umständen das Heilverfahren fortsetzen sollen, besonders bei schweren Verdauungsstörungen, bei Lungen-, Herz- und Nervenkrankheiten, sowie bei schweren rheumatischen Leiden. Eine fortdauernde ärztliche Überwachung ist notwendig. Alle innerlich Kranken sollen möglichst frühzeitig einer Beschäftigung zugeführt werden. Die seelisch zusammengebrochenen können dadurch oft in ihrem Lebensmut gehoben werden. Hier ist die Berufsberatung oft schwieriger als bei den chirurgisch Kranken. Sie muß möglichst schon in den Lazaretten begonnen werden. Die Berufsberater sollen gerade bei innerlich Kranken den Arzt zu Rate ziehen. Die Familien- und Wohnungsfürsorge hat auf Herz- und Lungenkranke Rücksicht zu nehmen. Der Redner empfiehlt, daß sich die bürgerliche Fürsorge jetzt schon mit den Organisationen in Verbindung setzt, um frühzeitig den großen Ansprüchen nach Friedensschluß gerecht zu werden. Die bestehenden Organisationen für Tuberkulose, Geschlechtskranke, Krüppel usw. können Vorbilder sein, aber die Fürsorge für die Kriegskranken soll durch Fürsorgeärzte und Fürsorgegeschwestern einheitlich und selbständig geregelt werden für bestimmte Bezirke. Dort haben sich die Entlassenen zu melden, ihre Verhältnisse werden geprüft, sie werden dem Fürsorgearzt zugeführt, es wird für notwendige Kuren gesorgt, die Renten- und Berufsberatung, die Wohnungs- und Familienfürsorge wird geordnet usw.

(Schluß folgt.)

Daß der Ungar ein guter Soldat ist, hat der Weltkrieg bewiesen; daß er aber auch ein großer Musikfreund ist, kann man in Budapest täglich beobachten. Es gibt wohl nirgends so viel Musikkapellen, wie gerade hier. Überall in den Cafés erklingen des Abends die beliebtesten Eigenereisen. Diese Eigenereisen, die Meister der Violine sind, haben allerdings mit den in Deutschland bekannten nichts gemein. Sie sind ebenso kultiviert wie jeder andere, ihr Beruf ist eben die Musik von Jugend auf. Kleine Jungen spielen schon vollendet Geige und verdienen damit ein gutes Stück Geld. Wenn eine besonders lustige Gesellschaft an einem Tische zusammensitzt, so muß ein Mann aus der Kapelle an ihren Tisch heran und ihnen besonders aufspielen. Letzteres geschieht aber auch oft bei einem einzelnen Gast, der es sich etwas kosten lassen will. Bei solchen Gelegenheiten blitzen die dunklen Augen, und feurig erschallen die ungarischen Lieder. Auch die „Wacht am Rhein“ ist hier bekannt. Sobald Deutsche ein solches Lokal betreten, spielt die Kapelle, und das Lied wird stehend gesungen.

Das Ungarland ist heute noch vorwiegend Agrarland und als solches äußerst fruchtbar. Was in Deutschland mit großer Mühe dem Boden an Früchten abgerungen wird, wächst hier mit weit weniger angewandter Mühe. Besonders Weizen, Mais und Wein werden gebaut, von Kartoffeln hält der Ungar nicht viel. Wenn er nur Brot, Speck und Paprikaschoten hat, so ist er zufrieden. Die letzteren erziehen ihn die Würst. Der Deutsche, der diese grünen Paprikas nicht kennt, sich aber doch mal verleiten läßt, hineinzublicken, wirft sie im großen Bogen von sich, während ihm die Tränen die Backen herunterrollen. Sie sind eben für einen deutschen Magen zu scharf. So hat eben jedes Land seine nationalen Eigenheiten, über deren Wert oder Güte man nicht streiten kann. Eines aber kann man behaupten, nämlich: der Deutsche lernt sein Vaterland erst richtig schätzen, wenn er fremde Sitten und Einrichtungen kennengelernt hat. Für viele hat das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles“ erst durch den Krieg den Sinn bekommen, der in obigem Satze ausgedrückt liegt. Oswald Lange.

Zur Beachtung! Sonntag, den 10. Sept., ist der 28. Wochenbeitrag fällig. Jeder ernste Gewerkschaftler zahlt seine Beiträge pünktlich.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Heinrich Seltzer**, Mitglied der Zahlstelle Hamm, Maure; **Albert Trüschler** aus Kleinlüber und **Franz Müller** aus Engelshelm, beide Beförderung zum Unteroffizier, Mitglieder der Verwaltungsstelle Fulda; **Karl Theobald**, Mitglied der Zahlstelle Göttingen (ist bereits Inhaber der Badischen Verdienstmedaille); **August Hase** aus Brochthausen, Mitglied der Zahlstelle Dortmund; **Ludwig Staudt**, Mitglied der Zahlstelle Arzheim bei Coblenz; Unteroffizier **Franz Fischer** aus Neuhaus, Unteroffizier **Wilhelm Knoche** aus Essen (I. Klasse und Beförderung zum Oberfeldwebel), Unteroffizier **Sof. Reinard**, Mitglieder der Verwaltungsstelle Paderborn. Zum Unteroffizier befördert wurde Kollege **Sof. Volk**, Mitglied der Verwaltungsstelle Fulda. Das Bayerische Verdienstkreuz mit Eichenlaub und Schwertern nebst 100 Mark Beförderung erhielt Kollege **Wendelin Henz**, Mitglied der Zahlstelle Göttingen. Er ist auch Inhaber des Eisernen Kreuzes. Kollege **Kaber Amosbreiter**, Mitglied der Verwaltungsstelle Augsburg, erhielt das Bayerische Verdienstkreuz mit Schwertern.

Hinter die Kulissen der Preisstreiberer leuchtet folgender von der „Dresdener Volkszeitung“ veröffentlichter Brief:

„Verein der nach Dresden liefernden Milchproduzenten. Dresden, den 8. Februar 1915. Geachteter Herr!

Wir hatten in unserer Generalversammlung am vergangenen Freitag beschlossen, daß die Milch liefernden Landwirte eine Einschränkung ihrer Milchherzeugung eintreten lassen sollten, und zwar in Höhe von 20 bis 30 Prozent, um eine Erhöhung des Milchpreises durchzusetzen. Die Milchpreiserhöhung soll vom 18. d. M. ab beginnen. Der Landwirt soll von da ab zwei Pfennig per Liter mehr von seinem Abnehmer verlangen. Die Firma Rind (die zahlreiche Verkaufsstellen in Dresden hat, E. Med.) will in eine Erhöhung nicht eingehen, weshalb sich der Milchproduzentenverein gezwungen sieht, diese Erhöhung allein durchzuführen. Dies ist aber nur möglich, wenn unsere Mitglieder fest zusammenhalten, und deshalb ergeht an die Lieferanten das dringende Ersuchen, diese Sache mit zu unterstützen und in obiger Weise, wie der Beschlussesbeschluss befragt, einzuwirken. Die Einschränkung des Milchkonsums soll von den Landwirten sofort ins Werk gesetzt werden, so daß namentlich um die Zeit des 15. Februar besonders wenig Milch in Dresden eintrifft. Sie haben es doch in Ihrer Hand, als landwirtschaftlicher Vereinsvorstand die Mitglieder, welche doch hauptsächlich Milchlieferanten nach Dresden sind, sofort in eine Versammlung einzuladen und diese dringend zu ermahnen, daß jeder seine Milchherzeugung wenigstens zunächst (!) auf diese kurze Zeit einschränken muß, damit wir endlich zu unserem Ziele kommen. Wir erwarten Ihre tatkräftige Unterstützung und zeichnen Hochachtungsvoll

Vertraulich. gez. Gänzel.“

Hier ist ein Bildnis schöner Seelen entschleiert, die die Kriegszeit zu solchen Manövern mißbrauchen.

Die französischen Verluste. Wie gewaltig hoch die französischen Verluste sind, geht aus der Veröffentlichung des Reichstagsabgeordneten Dr. Weisner aus einem spanischen Blatte hervor, die aus der Feder eines französischen Journalisten stammt und sich stützt auf amtliche französische Angaben des „Journal officiel“. Der französische Journalist kommt zu folgendem Ergebnis: Zählt man alles zusammen, so wären seit Kriegsbeginn die französischen Verluste die folgenden:

Gefallene Offiziere	19 620
Verwundete Offiziere	39 240
Gefallene Soldaten	1 063 000
Verwundete Soldaten	2 126 000
Verluste vor Verdun an Toten und Verwundeten	200 000
Verluste während der Offensive an der Somme	
Tote und Verwundete	100 000
Gefangene in Deutschland	330 000
Anderwärts Gefangene	30 000
Die Gesamtverluste der französischen Armee betragen hiernach 3 917 860 Mann.	

Die schweineerreichsten Provinzen Preußens sind Schleswig-Holstein und Hannover. Letzteres wird wegen seines Schweineerichtums gar als das „Schweineparadies“ bezeichnet. Da jedoch unter den zwölf preussischen Provinzen Schleswig-Holstein die weitaus geringste Kartoffelproduktion hat, die nicht einmal für Saat- und Speisezwecke ausreicht, und Hannover die drittgeringste, die weit zurückbleibt hinter dem Bedarf seines riesigen Schweinebestandes, so haben beide Provinzen in Angebot und Nachfrage von Kartoffeln das größte Minderverhältnis aufzuweisen. In Friedenszeiten wurde die Schweinemast dort hauptsächlich mit russischer Futtermittel betrieben. Da dies jetzt ausbleibt und einheimische Kartoffeln ver-

fügen, so ist die Schweinemast in jenen beiden Provinzen in besonders große Schwierigkeiten geraten. In dritter Stelle steht Westfalen, das in seinem Schweinebestand Schleswig-Holstein nahekommt und in seiner Kartoffelernte noch hinter Hannover zurückbleibt.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Oesterreich haben kürzlich ihren Jahresbericht für 1915 erscheinen lassen. Ihm ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Gewerkschaften von 240 681 Ende 1914 auf 177 113 Ende 1915 gesunken ist. Das ist ein Verlust von 63 568 Mitgliedern. Die Einnahmen sind von 8 274 012,99 Kr. auf 4 979 998,30 Kr., die Ausgaben von 9 922 301,39 Kr. auf 4 935 550,57 Kr. gesunken, so daß sich eine Mindereinnahme von 15 552,18 Kr. ergibt. Der Gesamtvermögensbestand betrug 11 257 000 Kronen, das ist um 623 000 Kr. mehr als im Vorjahre. Nach dem Bericht kämpfen 200 000 Mitglieder an der Front.

Die Verteilung der Milchkuhe auf die einzelnen Betriebe. Heute ist die Frage von ganz besonderer Wichtigkeit, von welchen landwirtschaftlichen Betrieben die meisten Milchkuhe gehalten werden, wo sich also die Hauptquellen für unsere Milchversorgung befinden. Nach der letzten Betriebszählung von 1907 kamen auf je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche:

In Zwergbetrieben unter 1/2 Hektar	60 Milchkuhe
„ Parzellenbetrieben 1/2-2 „	82 „
„ Kleinbäuerl. Betrieben 2-5 „	58 „
„ großbäuerl. „ 20-100 „	36 „
„ mittelbäuerl. „ 5-20 „	22 „
„ Großbetrieben „ über 100 „	14 „

Diese Uebersicht zeigt, daß die Verhältniszahl der Milchkuhe immer mehr abnimmt, je größer die landwirtschaftlichen Betriebe werden. Die Mehrzahl der Tiere wird von den kleineren Betrieben gehalten. Ingesamt weist der Besitz unter 100 Hektar ziemlich genau sechsmal soviel Kühe auf wie die Besitzgrößen über 100 Hektar.

Aus der Sozialdemokratie. In Berlin muhten einige Sozialdemokraten wegen der bekannten rabiaten Agitation und sonstigen Treibereien verhaftet werden. Natürlich ist man darüber im rabiaten Lager nicht erfreut. Es dürfte interessieren in welcher Weise diese Vorgänge von dort beurteilt werden. Es heißt darüber in einem der bekannten Spartakus-Briefe:

„Polizei, Partei und Gewerkschaften waren völlig überfordert und leisteten freiwillige Anerkennung. Seither sucht die Partei nach Häufelstörern. Unterwegs wird sie dabei durch die Lumpen des „Hamburger Echo“, der „Schmiedler Volksstimme“, der „Morospondenz“, „Stampfer“ und vieler anderer Rechtschreibblätter, die erst kürzlich wieder die Polizei scharf gemacht haben, auf Jungblattpublikationen und sonstige „Landesverratereise“ Untriebe zu achten. So unterstützen jene „Genossen“ die Arbeit der Spitzel, die vor den Fabriken lauern und in den Fabriksälen in der Masse von Arbeitskollegen ihren unsaubereren Nachforschungen nachgehen. Auch die Gebuld mit diesem G. S. i. n. d. e. l., das die Interessen einer demokratischen und sozialistischen Partei zu vertreten vorgibt, ist nicht unerlässlich. Schon ist in einzelnen Versammlungen solcher „parteidienstlichen“ Denunziationen das Maul mit derber Arbeiterfaust geschlossen worden, und der Boykott „parteidienstlicher“ Denunziantenblätter macht erfreuliche Fortschritte.“

Die Entwicklung der Großstädte. Im Jahre 1875 gab es in Deutschland erst 12 Großstädte, 1910 aber 48, und seit der Zeit hat sich die Zahl der Großstädte wieder um einige vermehrt. Die Bevölkerung der Großstädte stieg von 2,67 Millionen im Jahre 1875 auf 13,82 Millionen im Jahre 1910. In den 72 199 ländlichen Orten, die es in Deutschland gibt, wohnen nicht ganz 26 Millionen, in den 48 Großstädten aber nahezu 14 Millionen Menschen. Während 1875 unter je 16 Deutschen erst ein Großstädter war, bestand sich 1910 schon unter 4,7 Deutschen ein Großstädter. In der Großstadtbildung wird Deutschland nur von den Vereinigten Staaten von Amerika übertroffen, die in 50 Großstädten rund 20 Millionen Menschen aufweisen, während die Großstadtbewölkerung Englands jener der deutschen Großstädte gleichkommt, wobei jedoch zu bemerken ist, daß England im Jahre 1910 nur 38 Großstädte zählte gegen 48 in Deutschland.

Feldmäßiger und gärtnerischer Gemüsebau. Von den nach der Statistik von 1907 ermittelten 40 341 243 Hektar Ackerland dienten nur 265 536 Hektar dem Gemüsebau, das sind 0,66 Prozent. Von dieser Gemüsebaufläche dienten rund 260 000 Hektar der feldmäßigen Gemüsezuucht, dem ein gärtnerischer Anbau von nur etwa 5000 Hektar gegenüberstand. Der Feldgemüsebau dient mit seinen großen Flächen der Erzeugung von Massen gemüsen, die zum größten Teil in Konserven- und Präservenfabriken oder in Sauerkrauteinschneidereien wandern, wenn sie nicht in Kohlchneunen oder Erdmieten zur Ueberwinterung gelangen. Wir haben in Deutschland weit über 300 Konservenfabriken, von denen eine ganze Reihe 100 000 Zentner Kohlgemüse alljährlich verarbeiten. Zum Anbau dieser Massen sind Flächen notwendig, die den gesamten gärtnerischen Anbau um das Zwanzigfache übersteigen. Es handelt sich hier hauptsächlich um Zillenschnecken, Karotten und die Kohlsorten. Trotz ständiger Verbesserung des Gemüsebaues ist aber gleichwohl unsere Gemüseernte bauernd gestiegen, und zwar von 20 Millionen Mark im Jahre 1908 auf 80 Millionen Mark im Jahre 1913.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Bochum.

Tarifverhandlungen für das Isolierergewerbe in Rheinland und Westfalen.

Die im Jahre 1912 abgeschlossenen Tarifverträge für das Isolierergewerbe in Rheinland und Westfalen hatten Gültigkeit bis 1914 bzw. 1915. Es handelte sich hier um Firmen-, Orts- oder kleinere Bezirkstarife, die noch verschiedene Bestimmungen und auch Ablaufstermine enthielten. Wiederholte Versuche, die abgelaufenen Tarife zu verlängern bzw. zu erneuern, waren bisher erfolglos und führten erst am 21. August d. J. zum Ziel.

Am genannten Tage fanden in Düsseldorf Tarifverhandlungen für das Isolierergewerbe in Rheinland und Westfalen statt. Die Arbeitnehmer forderten eine Verlängerung bzw. Erneuerung der Tarifverträge bis 30. September 1917, ferner eine Erhöhung des Stundenlohnes von 70 auf 85 Pf. und eine Erhöhung des Landgeldes in der Nahzone von 1,75 M auf 2,25 M und in der Fernzone von 2,75 und 3 M auf 4,50 M. Nach längerer Verhandlung kam nachfolgende Vereinbarung zustande:

„Auf Grund der Verhandlungen mit dem Deutschen Bauarbeiterverband und dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter mit den Firmen des Rheinisch-Westfälischen Bezirksverbandes im Wirtschaftsabund des Isolierergewerbes in Deutschland wird hierdurch schriftlich vereinbart:

Die im Jahre 1912 abgeschlossenen Tarifverträge bleiben bis 30. Juni 1917 in Kraft. Die Firmen gewähren den Arbeitern mit Wirkung ab 15. August 1916 eine Kriegsteuerzulage von 1 M für den Arbeitstag und erhöhen die Zulage für auswärtige Arbeiter für die Nahzone auf 2 M, für die Fernzone auf 4 M.

Dortmund, den 31. August 1916.

Für die Arbeitgeber:

Bereinigung Rheinisch-Westfälischer Isolierfirmen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Schwarz.

Wirtschaftsbund des Isolierergewerbes in Deutschland, Rhein-Westf. Bezirksverein.

Schwarz, Verbandsdirektor.

Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirk Dortmund und Rhln.

J. A.: F. Kahl.

Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Bezirk Bochum und Rhln.

J. A.: Wilhelm Koch.

Ergänzend fügen wir noch hinzu, daß die Zulage von 1 M pro Tag auch gezahlt werden muß, wenn der Isolierer ohne sein Verschulden nicht den vollen Arbeitstag arbeiten kann. Zum Schluß wollen wir noch bemerken, daß unsere Isolierer, wenn sie auch nicht ihre ganze Forderung erreicht haben, mit dem Erreichten wohl zufrieden sein können. Ihre Pflicht ist es nun, diese neuen Vereinbarungen bei allen Firmen zur Durchführung zu bringen. Dieses wird ihnen aber nur dann möglich sein, wenn sie die noch verhältnismäßig vielen unorganisierten Isolierer der Organisation zuführen. Eine frasse Organisation im Isolierergewerbe ist auch deshalb notwendig, weil schon im nächsten Frühjahr neue Tarifverhandlungen beginnen sollen, und die Isolierfirmen einen einheitlichen Tarifvertrag schaffen wollen. Die Unternehmer bemühen sich sehr, die letzte Firma ihrer Vereinigung zuzuführen. Handeln wir auch so und ruhen auch wir nicht, bis daß wir den letzten Isolierer organisiert haben.

Bezirk Saarbrücken.

Verwaltungsstelle Trier. Wie notwendig eine starke Organisation auch jetzt in der Kriegszeit ist, beweisen die Vorgänge in Trier, hinsichtlich der Zahlung der Steuerzulagen. Bekanntlich wurde bei den Tarifverhandlungen für das Baugewerbe, die am 3. und 4. Mai dieses Jahres stattfanden, der Tarifvertrag im deutschen Baugewerbe erneuert, bzw. verlängert. Alle, vorher im Vertrag festgelegten Bestimmungen laufen unverändert weiter, nur in der Lohnfrage ist eine Aenderung dahingehend eingetreten, daß die Herren Unternehmer auf den bisherigen Tariflohn eine Steuerzulage zu zahlen haben. Die laut Vertrag zu zahlende Zulage beträgt für Trier ab 15. März d. J. pro Stunde 5 Pf., ab 1. Juli d. J. pro Stunde 3 Pf. und ab 1. September 1916 weitere 2 Pf., im ganzen mithin 10 Pf. Die Trierer Unternehmer weigerten sich schon von vornherein die vom Arbeitgeberverband für das deutsche Baugewerbe beschlossenen „freiwillig“ zu zahlenden 5 Pf. den Trierer Bauarbeitern auf den Tariflohn zuzulegen. Erst als die Verbandsleitung die Zahlung der Zulage unter allen Umständen verlangte, haben sich die Unternehmer bereit erklärt, dieselbe zu zahlen. Sie zahlten aber nicht ab 15. März, wie dies von ihrer Bundesleitung vorgezeichnet war und wie dies später im Vertrag festgelegt worden ist, sondern erst ab 10. April. Die Zulage vom 15. März 1916 bis 10. April 1916 sind die Trierer Unternehmer ihren Arbeitern bis heute noch schuldig.

Kam nun noch angenommen werden, nachdem der Vertrag zustande gekommen war und man sich vertraglich verpflichtet hatte, diese Zulage zu zahlen, daß weitere Forderungen nicht mehr eintreten würden. Doch sehr schmerzhaft wurden die Trierer Bauarbeiter am ersten Lohnzuge nach dem 1. Juli, an dem Jahrestag ihrer Sozialisten feierten, daß ihnen auch die Zahlung der Zulage von 3 Pf. von den Unternehmern verweigert wurde. Es hat auch nur die Verbandsleitung hieran verhängt und auch durch eine förmliche Verlegung in der Angelegenheit herbeigeführt. Alle Verhandlungen die hierauf folgten haben, keinen Erfolg gehabt. Die Unternehmer zahlen nicht. Der heutige Bescheid des Arbeitsgerichtes hat auch den, von der Verbandsleitung

gestellten Antrag auf Einhaltung der Tarifinstanzen, Einberufung der Schlichtungskommission und Anrufung des Tarifamtes, zur friedlichen Erledigung des Streitfalles, glatt abgelehnt. In einer am 12. August seitens unseres Verbandes einberufenen öffentlichen Bauarbeiterversammlung, erstattete der jetzige Bezirksleiter, Kollege Weigel, Saarbrücken, Bericht über das Ergebnis der bisher geführten Verhandlungen, die trotz aller Bemühungen vollständig ergebnislos verlaufen waren. Die Unternehmer steckten sich hinter die bauende Behörde und erklärten einfach: Wir zahlen die Zulage erst dann, wenn wir von den Baubehörden bestimmte Garantien haben, daß uns von diesen die Zulage rückvergütet wird. Vorher sind wir zur Zahlung der Zulage nicht verpflichtet. Das Reichsamt des Innern hat uns versprochen, daß wir die Zulage zurück erhalten sollen. Es wurde den Unternehmern auch klar gemacht, daß das Reichsamt des Innern ihnen ja gar keine bestimmte Zulage gemacht hat, auch gar nicht machen konnte, da es ja in dieser Frage gar nicht zuständig ist. Wohl hat das Reichsamt des Innern in dem Sinne zugesagt, daß es bei den einzelnen Ministerien dafür eintreten will, daß von diesen die Zulage gezahlt werden soll. Mehr kann das Reichsamt des Innern auch in der Angelegenheit nicht tun. Aber diese Ermahnungen haben mit unserem am 4. Mai zustande gekommenen Tarifvertrag nicht das geringste zu tun. Der Vorsitzende des dortigen Arbeitgeberverbandes hat, als ihm von der Verhandlungskommission mit aller Deutlichkeit gesagt wurde, daß laut Tarifvertrag für sie die

zu zahlen. Am Samstag, den 19. August, waren wir auch im Besitze eines Schreibens, seitens des Arbeitgeberverbandes, in dem uns mitgeteilt wurde, daß die Unternehmer bereit seien, die Zulage zu zahlen, auch daß die selben bereit sind, die am 1. September fälligen weiteren 2 Pf. zahlen zu wollen.

Unser Verband und auch der Deutsche Bauarbeiterverband, haben dann in Mitgliederversammlungen, die am 20. resp. am 19. August stattfanden, zu diesem Angebot der Unternehmer Stellung genommen und in beiden Versammlungen waren sich die Kollegen einig, daß unter diesen neu eingetretenen Umständen, die beschlossene Arbeitseinstellung am 21. August unterbleiben kann. Die Verbandsleitungen wurden beauftragt, alles daran zu setzen, um auch die bis jetzt noch rückständige Zulage von den Unternehmern zu erhalten. Die Verbandsleitungen haben den Kollegen auch versprochen dies zu tun. Den Kollegen wurde aber auch sehr eindringlich nahe gelegt, ihrerseits dafür zu sorgen, daß in Trier, in organisatorischer Hinsicht alles getan wird, um den letzten in Trier beschäftigten Bauarbeiter für den Verband zu gewinnen. Die Unternehmer dort hätten nie gewagt, es so weit kommen zu lassen, wenn sie nicht bestimmt damit gerechnet hätten, daß infolge des Krieges die Organisation in Trier vollständig Schiffbruch gelitten hätte. Sie haben sich hierin aber ganz gewaltig getäuscht. Unsere Trierer Kollegen sind auch heute noch am Platze, wenn es gilt ihre Rechte zu wahren, und wenn die Unternehmer es wagen an den Grundfesten des Tarifvertrages zu rütteln. Durch dieses Vorgehen der Unternehmer müssen auch die jetzt in Trier beschäftigten, unorganisierten Kollegen endlich einmal einsehen, daß auch ihr Platz nur in den Reihen der bereits organisierten Kollegen sein kann und sein muß. Niemals hätten sie die Zulage erhalten, wenn die Organisation dort nicht energisch für sie eingetreten wäre. Noch ist in der Angelegenheit mit der Steuerzulage auch das letzte Wort nicht gesprochen. Die am 19. August erhaltene Zulage ist nur eine Abschlagszahlung, nur ein Teil des uns laut Vertrag zustehenden Lohnes. Daher sei den Kollegen gesagt daß sie einig sind, und für Ordnung auf den Baustellen sorgen.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

- Ludwig Weinrich, Zahlstelle Weckhausen.
 - Dorenz Großheim, Zahlstelle Lübenscheid.
 - August Achenbach, Zahlstelle Unterebersbach.
 - Georg Wöh, Zahlstelle Rimpf.
 - Balthasar Schmitt, Zahlstelle Stuttgart.
 - Jos. Maurer von Hofen bei Cannstatt, Zahlstelle Selgte.
 - Franz Hebing, Inhaber des Eisernen Kreuzes, Verwaltungsstelle Königsberg i. Pr.
 - Heinrich Bahr, Zahlstelle Detmold.
 - Friedrich Fricke aus Sibbesen, Zahlstelle Bronte.
 - Paul Schäffer, Zahlstelle Frielendorf.
 - Wilhelm Robenstein aus Bernswig, Inhaber des Eisernen Kreuzes, Zahlstelle Coesfeld.
 - Bernhard Frieling, Inhaber des Eisernen Kreuzes, Zahlstelle Disberg.
 - Berh. Holtmann, Zahlstelle Augsburg.
 - Wilh. Steinrücken aus Bruchhausen, Zahlstelle Rhumspringe.
 - Sebastian Sigl, Verwaltungsstelle Augsburg.
 - Rudolf Monete, Franz Müller, Verwaltungsstelle Rhumspringe.
- Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Schuldigkeit besteht, die vereinbarte Zulage ohne weiteres zu zahlen, erklärt: Wir lassen uns hier nicht zwingen die Zulage zu zahlen, lieber treten wir alle aus dem Arbeitgeberverband aus. — Kollege Weigel gab der Versammlung auch bekannt, daß er persönlich bei der Stadtverwaltung und auch bei dem Militärkommandant vorstellig geworden sei, um dort darauf einzuwirken, daß den Unternehmern, bezüglich der Rückzahlung der Zulage, Zugeständnisse gemacht werden sollten. Bei der Stadtverwaltung wurde ihm gesagt, daß bereits ein Beschluß vorliegt, wonach den Unternehmern die Zulage für häusliche Arbeiten, ab 15. März 1916 anstandslos gezahlt wird. Auf dem Militärkommandant konnte festgestellt werden, daß diesbezüglich bereits Verhandlungen mit der stellvertretenden Inspektur des 8. Armeekorps in Koblenz eingeleitet seien. In der, an die Ausführungen des Kollegen Weigel sich anschließenden Aussprache, haben sämtliche, sich zum Wort meldende Kollegen sich dahingehend geäußert, daß unter diesen Umständen es nichts mehr anders geben könne, als die Unternehmer durch Arbeitseinstellung zu zwingen, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Die Versammlung hat demgemäß dann auch den Beschluß gefaßt, daß am Montag, den 21. August, die Arbeit nicht mehr aufgenommen wird, wenn die Unternehmer am Samstag, den 19. August, sich immer noch weigern sollten die Zulage zu zahlen. Auch wurde eine weitere Angelegenheit der bis jetzt rückständigen Zulage berührt. Dieser Beschluß wurde am 14. August dem Arbeitgeberverband in Trier mitgeteilt und gleichzeitig an die Baugewerkschaft in Trier mitgeteilt und gleichzeitig an die Baugewerkschaft in Trier mitgeteilt und gleichzeitig an die Baugewerkschaft in Trier mitgeteilt.

Verbandsnachrichten

Strasbourg. Wie bereits in Nr. 34 des Verbandsorgans gemeldet wurde, hat der Krieg wiederum ein Opfer aus den Reihen unserer angestellten Kollegen gefordert, und diesmal war es unser lieber Kollege Steffan Schwarz. Auch wir, aus der Verwaltungsstelle Strasbourg, bedauern aufrichtig den Kollegen, der allzujäh von uns gerissen wurde. Nur kurze Zeit war es Kollege Schwarz vergönnt, hier in unserer Verwaltungsstelle für unseren Verband zu wirken. Aber trotz der Kürze seiner hiesigen Tätigkeit hat es der Verstorbene verstanden, sich bei allen Mitgliedern unseres Verbandes, sowie auch bei allen angestellten Kollegen beliebt zu machen. Auch außenstehende Kreise, mit denen Schwarz verkehrte, nehmen ebenfalls regen Anteil an dem für uns so herben Verlust, besonders die Familie Schloepel, Inhaber unseres Versammlungslokals in Strasbourg. Treu bis in den Tod, hat Kollege Schwarz jederzeit seine Pflicht erfüllt. Wie war er, während er infolge seiner erstmals erlittenen Verwundung im Lazarett zu Strasbourg lag, stets so eifrig bemüht, zu erfahren, wie es jetzt im Kriege mit dem Verbande hier geht. Kaum genesen, half er schon wieder mit, soweit es ihm möglich war, die Verbandsgeschäfte zu erledigen. Seine Ermahnungen, die er uns gab, gipfelten immer in den Worten: „Kollegen, sorgt, daß unser Verband hier im Elend auch während des Krieges erhalten bleibt.“ Kollege Schwarz war ein Mann, wie wir ihn uns nicht besser hier hätten wünschen können. Stets werden wir das Andenken an den für uns so lieben, geachteten Verstorbenen ehren. Auch wir rufen dem im Kampfe Gefallenen, der in Feindesland ruht, zu: Schlaf wohl, du lieber, treuer Kollege, du hast auf Erden deine Pflicht getan. Möge Gott, der Herr über Leben und Tod, dir die Krone des ewigen Lebens schenken. Auch wir hoffen auf ein Wiedersehen im Himmel, wo es keinen Schmerz und keine Trennung mehr geben wird.

Der Verbandsstellenvorstand.
J. A.: Heinr. Eberhard.

Bekanntmachung

Dem Vorstand des Arbeitgeberbundes werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Beibehaltung der Sommerzeit in manchen Tarifgebieten eine Aenderung der tariflichen Arbeitszeit erforderlich ist, da um 6 Uhr morgens das Tageslicht noch fehlt. Wir geben unseren Vorständen anheim, in Verbindung mit den zuständigen Bezirksleitungen und in Gemeinschaft mit den anderen Vertragskontrahenten, eine den Verhältnissen entsprechende Aenderung zu vereinbaren.

Der Zentralvorstand.
J. A.: Jos. Wiebeberg.